Mark zurück. Die Fabrik hat ihm nämlich eine Jacke im Wert von 260 Mark geliefert, zuzüglich 15 Prozent Mehrwertsteuer.

Für seinen Schwindel benutzte Fiele, so fand der Fiskus heraus, mindestens zwei Dutzend Firmen, die längst in Konkurs gegangen waren. Die ergaunerten Beträge, meist in sechsstelliger Höhe, flossen zum größten Teil auf drei Konten des EDV Bildungswerks Brandenburg e.V.

Diesen Verein hatte Elsbeth Fiele im Juli 1991 gegründet, um damit an lukrative Schulungsaufträge in den neuen Bundesländern zu kommen. Daraus wurde jedoch nichts, und so existierte der Verein nur auf dem Papier, Mitgliederversammlungen fanden nicht statt.

Vorsitzende im EDV Bildungswerk Brandenburg war Elsbeth Fiele, zweiter Vorsitzender ihr Bekannter Jürgen Pallas, ein kleiner EDV-Händler aus Münster. Unter den fünf weiteren Mitgliedern war auch der Ehemann der Vorsitzenden. Der machte sich im April 1992 zum Geschäftsführer. Eine Vollmacht, so beteuern die beiden Vorstandsmitglieder, hätten sie ihm nicht erteilt.

In Potsdam eröffnete Fiele bei der Deutschen, der Dresdner und der Berliner Bank Konten für den Verein. Den Banken präsentierte er einen vom Vereinsvorstand unterschriebenen Vertrag, nach dem er als Geschäftsführer allein über die Vereinskonten verfügen könne.

Kaum hatte der Oberinspektor die drei Vereinskonten aufgemacht, landeten dort die erschwindelten Millionen aus den fingierten Vorsteuererstattungen.

Fiele und seine mutmaßliche Mittäterin Manuela hätten wohl noch ein paar Millionen mehr abgeräumt, wenn der Betrug nicht Ende Mai durch einen Zufall herausgekommen wäre: Die telefonische Rückfrage einer Bank landete versehentlich bei einem Kollegen.

Daraufhin flüchteten Fiele und Freundin Manuela. In Florida wurden die beiden aufgestöbert. Um nicht in US-Haft zu kommen, stellten sich die beiden am Samstag vorletzter Woche der Kripo. Fiele legte gleich ein Geständnis ab. Rund 5 Millionen Mark sind inzwischen sichergestellt; wo die restlichen 2,2 Millionen sind, ist noch unklar.

Inzwischen hat sich das Finanzamt zwei Schuldige ausgeguckt: die beiden Vorstandsmitglieder des EDV Bildungswerks Brandenburg.

Sowohl Elsbeth Fiele als auch Jürgen Pallas, so die Potsdamer Finanzbeamten in einem barschen Schreiben, hätten „durch Ihr Verhalten maßgeblich dazu beigetragen“, daß Reinhard Fiele „den von Ihnen vertretenen Verein für seine Manipulationszwecke benutzen konnte“, und ihm ermöglicht, „zu schalten und zu walten, wie er wollte“.

Da die beiden Vorstandsmitglieder ihren – angeblichen – Geschäftsführer nicht mit der gebotenen Sorgfalt überwacht hätten, müßten sie nach Paragraph 37, Absatz 2 Abgabenordnung für den entstandenen Schaden haften. Auf den Gedanken, daß sich Reinhard Fiele mit gefälschten Unterschriften selbst zum Geschäftsführer ernannt haben könnte, kamen die Finanzbeamten nicht.

Statt dessen forderten sie von den beiden Vereinsvorsitzenden, mit einer Frist von sieben Tagen, jeweils 6,47 Millionen Mark. Das ist jener Betrag, den Oberinspektor Fiele auf die Vereinskonten überweisen ließ.

Bei Elsbeth Fiele ist die Frist abgelaufen, der Gerichtsvollzieher war schon da. Pallas, der nur mit Mühe den Vorschuß für seinen Anwalt auftreiben konnte, erwartet den Gerichtsvollzieher in dieser Woche und rechnet mit einer Zwangshypothek auf seine kleine Eigentumswohnung in Münster.

Weshalb die beiden jeweils 6,47 Millionen Mark zahlen sollen, wo doch – nach den längst sichergestellten 5 Millionen Mark – nur 2,2 Millionen der Steuerkasse abhanden gekommen sind, verrät das Finanzamt nicht.

Eines immerhin ist für Potsdam-Land klar: Nicht das Finanzamt, sondern der Vorstand des Vereins hätte den Oberinspektor Fiele kontrollieren müssen.

„Gegen diese Kontroll- und Einwirkungspflicht“, raunzte das Finanzamt Potsdam-Land den münsterschen EDV-Händler Pallas an, „haben Sie in grober Weise verstoßen.“ ❑

Post

Durch die Hintertür

Das Versandhaus Quelle macht Druck. Ein privates Unternehmen soll schon bald Kataloge und Zeitschriften transportieren.

Einen Namen für das Mammutprojekt gibt es schon, die ersten Partner stehen fest. Mit dem Alternativen Zustelldienst (AZD) will Quelle-Chef Klaus Mangold dem staatlichen Postdienst bald Konkurrenz machen.

W. M. WEBER

Quelle-Manager Mangold: Konkurrenz für die staatliche Post

Gemeinsam mit anderen Unternehmen baut Quelle ein flächendeckendes Vertriebsnetz auf, um Versandhauskataloge, Zeitschriften und andere Massendrucksachen zu transportieren. Noch vor der Bundestagswahl rechne er mit einer Lizenz, freute sich Mangold vor kurzem. Mitte nächsten Jahres soll der Service angeboten werden.

Die Zuhörer waren verblüfft. Bislang ist der Transport von Massendrucksachen noch fest in staatlicher Hand. Private Konkurrenten wie der United Parcel Service (UPS) dürfen dort nicht mitmischen.

Mangold drängt schon lange auf eine Lizenz für das Geschäft mit der sogenannten Infopost. Quelle gibt pro Jahr rund 650 Millionen Mark an Porto für Kataloge und Pakete aus. Private An-

bieter, behauptet der Vorstandschef, könnten um 20 bis 30 Prozent billiger arbeiten als der Postdienst.

Doch bislang hat sich die Gelbe Post stets erfolgreich gegen eine schnelle Freigabe des Marktes gewehrt. Postdienstchef Klaus Zumwinkel warnt, dem Staatsbetrieb drohe ein Einnahmeausfall von 3,5 Milliarden Mark. Zumwinkel: „Das ginge bei uns an die Substanz.“ 40 000 Arbeitsplätze seien gefährdet.

Bundespostminister Wolfgang Bötsch (CSU) hat sich festgelegt, vor den Wahlen keine Lizenz mehr zu vergeben. Ab Mitte August will der Ressortchef über die Infopost verhandeln – mehr nicht.

Trotzdem liegt Mangold mit seinem Optimismus nicht falsch. Die Liberalisierer hoffen auf eine Freigabe durch die Hintertür: Die Kommission der Europäischen Union soll ihnen helfen, das staatliche Monopol möglichst schnell zu knacken.

Die Versandhäuser wollen, daß die Lizenz noch vor der Bundestagswahl im Oktober vergeben wird. Anfang nächsten Jahres entscheidet nämlich nicht mehr allein das Postministerium darüber, wer den Zuschlag erhält.

Künftig wird ein Regulierungsrat, in dem die Bundesländer vertreten sind, dabei mitreden. Das hatte die SPD durchgesetzt. Dieser Rat würde die Lizenz vermutlich nur unter deutlich strengeren Auflagen vergeben.

Deshalb machen die Lobbyisten aus der Versandbranche zur Zeit verstärkt in Brüssel Druck. Über die Zukunft der Infopost soll nicht, wie ursprünglich vorgesehen, das Europäische Parlament, sondern nur die EU-Kommission entscheiden. Deren Votum käme nicht nur deutlich schneller, es fiele vermutlich auch anders aus: Nach der entsprechenden Kommissionsvorlage soll pro EU-Land mindestens eine Infopost-Lizenz für private Anbieter vergeben werden.

Diese Aussicht hat die Chefs der meisten europäischen Postunternehmen alarmiert. Am 30. Juni reisten elf der zwölf Post-Spitzenmänner aus den Staaten der Europäischen Union nach Brüssel. Einhellig drängten sie die Kommissare Karel van Miert und Martin Bangemann dazu, beim ursprünglich geplanten Verfahren zu bleiben.

Van Miert und Bangemann betonten jedoch, daß sie eine Entscheidung des Parlaments bei diesem Thema nicht für nötig hielten. Zumwinkel hofft nun auf die Abgeordneten. In einem zweiseitigen Brief forderte er sie vergangene Woche auf, sich von der Entscheidung über den Postdienst nicht ausschließen zu lassen.

Besonders chancenreich ist dieser Vorstoß auch nicht: Das letzte Wort über das Abstimmungsverfahren hat nicht das Parlament, sondern die Kommission. ❑

KOMMENTAR

Alte Sprüche

HANS-JÜRGEN SCHLAMP

Bundesfinanzminister Theo Waigel hat schon schlimmer getrickst und geschönt als im neuen Entwurf für den Bundeshaushalt 1995, den das Kabinett vorigen Freitag verabschiedete.

Selbstverständlich versteckt er wieder einen zweistelligen Milliardenfehlbetrag in Sondertöpfen. Wie sollte er sonst die Vorgabe seines Kanzlers erfüllen, nicht noch mehr Schulden als in diesem Jahr zu machen? Natürlich gibt es auch wieder Luftbuchungen wie Einsparungen von vier Milliarden Mark bei der Arbeitslosenhilfe, über die selbst Otto Graf Lambsdorff spottet: „Da kann ich auch einen Lottogewinn in den Haushalt einstellen.“

Im großen und ganzen aber – wenn die Ausgaben des Bundes nur um ein Prozent steigen und die Konjunktur sich weiter bessert – ist der Bundesetat des kommenden Jahres halbwegs seriös finanziert.

Trotz alljährlicher Sparaktionen verdoppeln sich die Sozialausgaben

„An allen Ecken und Enden“ habe er gespart, brüstet sich Waigel, und das stimmt: Die Etats für Forschung und Bildung wurden genauso geprüft wie die Ansätze für den Wohnungsbau. Politische Weichenstellungen sind nicht erkennbar. Davon gar, daß in diesem Jahr „die schwierige finanzpolitische Übergangsphase der deutschen Vereinigung zu Ende gehe“, wie Waigel tönt, kann schon gar keine Rede sein.

Jeden Haushaltsplan seit der Einheit verbanden Kanzler Helmut Kohl und sein Kassenführer mit der Botschaft, noch einmal, ein letztes Mal, werde es schwierig. Dann gehe es bergauf. Die Wechsel auf die Zukunft wurden nie eingelöst.

Vor drei Jahren behauptete Waigel, bis 1994 werde er die Neuverschuldung auf rund 30 Milliarden Mark halbieren. Tatsächlich muß er in diesem Jahr weitere 69 Milliarden auf den gigantischen deutschen Schuldenberg türmen und kaum weniger im nächsten. Jetzt soll die Nettokreditaufnahme 1998 unter 30 Milliarden sinken.

Versprechen – vergessen – neu versprechen, dieselbe Methode gilt auch beim Kassieren der Steuern. Wieder werden jetzt Steuernachlässe angekündigt, etwa für Unternehmen und Familien. Doch in der mittelfristigen Finanzplanung ist dafür keine Mark vorgesehen. Nicht einmal die vom Verfassungsgericht befohlene Steuerfreistellung des Existenzminimums paßt in Waigels Planzahlen.

Es wird 45 bis 50 Milliarden Mark kosten, das existentielle Mindestniveau jedes Steuerzahlers (gut 12 000 Mark im Jahr) vor dem Zugriff des Fiskus zu schützen. Auch wenn die Steuerjongleure alle verfügbaren Tricks anwenden, fehlen ab 1996 weitere zweistellige Milliardenbeträge in der Bundeskasse. Entweder werden sich Waigels Sprüche oder seine Zahlen als Makulatur erweisen.

Wie sollte es auch anders sein? Der Finanzminister ist nicht Gestalter, sondern Getriebener der Bonner Politik. Und die 130 Milliarden Mark, die er jährlich in die neuen Bundesländer überweist, sind zwar ein dicker Batzen, aber nicht sein größtes Problem.

Entscheidend für Waigels Haushalt und die Sozialkassen ist, ob es gelingt, die millionenfache Arbeitslosigkeit abzubauen. Sonst fressen die Sozialkosten alles auf. Im Bundesetat von 1989 reichten noch 98 Milliarden Mark für den Sozialstaat Deutschland. Trotz alljährlicher Sparaktionen beim armen Drittel der Gesellschaft verdoppeln sich die Sozialausgaben bis 1995 auf 178 Milliarden Mark. Tendenz: steigend.

Wenn die Produktivität schneller wächst als die Produktion, dann bringt auch der Aufschwung keine neuen Arbeitsplätze. Deutschland fehlt eine arbeitsschaffende Politik. Das gesamte Instrumentarium ist da gefragt, von der kostenneutralen Arbeitszeitverkürzung bis zu beschäftigungswirksamen Staatsprämien.

Das kostet viel Geld, gewiß. Aber die Beschäftigungskrise aussitzen zu wollen wird sich am Ende als unbezahlbar erweisen. Mehr Jobs oder der Bankrott des Sozialstaats – das ist die Alternative.